



10. Brief, im Januar 2024

Die gegenwärtige Weltlage, die Linke und Perspektiven gesellschaftlicher Emanzipation

Liebe Freundinnen und Freunde der politischen Philosophie,

die multiplen Probleme und die in aller Welt immer wieder aufbrechenden Krisen der liberalistisch-kapitalistischen Gesellschaftlichkeit sind Ausdruck einer geschichtlichen Dekadenz. In der Leistungsbilanz des vorherrschenden Wirtschafts- und Zivilisationstyps treten die negativen Konsequenzen immer mehr in den Vordergrund: Die Zerstörung von Naturgrundlagen, Verluste an humaner Substanz, gesellschaftliche Ungleichheit und Machtgefüge, nicht zuletzt die Gefährdung des planetarischen Habitats der Menschheit.

Die Bedrängnisse spitzen sich Wirtschaftskrisen und Kriegen, biosphärischen Verlusten, Pandemien und Klimakatastrophen zu: Eine Polykrise, die als Zeitenwende wahrgenommen wird. Die Maßnahmen und Politiken, um der Probleme Herr zu werden, verfangen sich jedoch in Widersprüchen und lassen kein gutes Ende erwarten. Inmitten dieser Weltgewalten, einer Szenerie voller Irrlichter, ist die Behauptung und Orientierung der gesellschaftlichen Linken fraglich und scheinen Wege einer gesellschaftlichen Emanzipation versperrt.

Geschichtliche Entwicklungen und die gegenwärtige Weltlage

Jede entsprechende Weg- und Weltsicht fußt auf einer Vergegenwärtigung des Geschichtlichen bis zur gegenwärtigen Situation und ihren Herausforderungen: Die Entwicklung verlief vom Industriekapitalismus über eine verworfene oder auch entsetzliche Kriegs- und Krisenzeit und war dabei stets verbunden mit kolonialistischer und imperialer Weltbemächtigung. Es erhoben sich Gegenbewegungen in der Dritten Welt, und durch die russische Revolution entfalteten sich Strebungen und Experimente in sozialistischer Perspektive. Die Zerschlagung des Faschismus eröffnete eine neue Periode.

In der Nachkriegsära erstarrten die Fronten zwischen dem Westen mit der aufsteigenden Hauptmacht USA und dem Machtbereich der UdSSR im Kalten Krieg. Im europäischen Raum entwickelte sich nach dem Industrie- ein anders formierter Sozialstaatskapitalismus und der neoliberale Block der EU, im Osten regten sich auch reformsozialistische Ansätze. In Lateinamerika, Afrika und Asien entstanden antikolonialistische Bewegungen, es gab es Hoffnungen auf einen Dritten Weg. Tatsächlich zerfiel die UdSSR und das sozialistische Lager und man kehrte zur alten Wirtschaftsweise zurück.

Im Zuge der neoliberalen Offensive verdichteten sich die globalen Produktions- und Verkettungen. Es konstituierte sich das kapitalistische Weltsystem mit seinen Staats- und Finanzmächten, mit Schwellenländern und dem globalen Süden, mit der USA als ökonomisch-militärisch beherrschende und intervenierende Hegemonialmacht. China öffnete sich, konnte sich aufgrund seiner Größe, revolutionären Geschichte und Reformfähigkeit als Weltmacht positionieren und reklamiert für sich eine sozialistische Perspektive.

Formationsgeschichtlich war vor allem der Schritt vom Industrie- zu einem Sozialkapitalismus sowie die Tatsache entscheidend, dass nunmehr der Zenit der liberalistisch-kapitalistischen Expansion überschritten und eine Krisen-, Konfrontations- und Übergangsepoche eröffnet ist, in der eine System- und Sozialalternative andrängt. Im Niedergang der

westlichen Hegemonie bäumt sich die imperiale Hauptmacht USA-NATO auf und verschärft die ökonomische und politische Konkurrenz mit China. Das Vasallentum der EU und ihre die Absperrung gegen Russland und den eurasischen Raum schwächt politisch und ökonomisch und führt in den westeuropäischen Ländern zu Turbulenzen.

Zugleich erstarken Schwellenländer und erwachen die Staaten und Gesellschaften des globalen Südens. Sie möchten angesichts ihrer Geschichte, Nöte und eigenen Interessen mit neokolonialen, finanzkapitalistischen und imperialen Verhältnissen brechen. Alles treibt zu fragmentierten und eher multipolaren Verhältnissen, und alle stehen unter dem Eindruck globaler ökologischer Existenzgefährdungen.

Triebkräfte und die Widersprüchlichkeit der Entwicklung

Die Geschichte zeugt vom überwältigenden Produktivismus, der Übermacht und konsumistischen Kultur des kapitalistischen Fortschritts. Dieser war und ist mit Ungleichheit und Unterdrückung, Raubbau und Aggression verbunden. Der Widerstand *dagegen* reißt aber nicht die Wurzel des brachialen Geschehens aus. Diese liegt in einer systemischen Programmierung, die sich in allgegenwärtigen Verwertungs-, Akkumulations-, Wachstums-, Expansions- und Exploitationszwängen äußert. Staatliche Eingriffe werden dadurch getrieben oder treiben mit.

Dies und die diversen Formen politischer Vermachtung des Systems unterlaufen eine vernünftige Entwicklung. Die in den Wert-, Reproduktions- und Eigentumsverhältnissen verankerten Probleme können folglich nicht durch vereinzelt Alternativen, Degrowth oder einen nur sozial-ökologischen Umbau aufgehoben werden: Soweit gibt es noch keine politisch-ökonomische Lösung. So tendiert das Ganze weiter zu einem digital rationalisierten und kontrollierten, technologisch hypertrophen, profitabel akkumulierten und weltkapitalistisch vernetzten Greened Capitalism.

Jedoch ist auch diese Sozialformierung widersprüchlich und endlich konfiguriert. Abgesehen von sozialen Widerständen, schwankenden Verwertungsbedingungen oder immer drohenden Finanzkrisen liegt eine Schranke in der zunehmenden Infrastrukturalisierung der Reproduktionsverhältnisse. Diese kann auf kapital- und finanzwirtschaftliche Weise weder sozial verträglich noch vernünftig bewältigt werden. Um die systemische Lücke zu füllen, treibt es den steuernden Staat zu steigender Verschuldung, zur Austerität des Sozialen und zu sinnwidrigen Privatisierungen des Öffentlichen.

Die Aufrechterhaltung der angespannten und leidvollen Verhältnisse erfordert eine zunehmende ideologische und autoritäre Formierung der Gesellschaft. Die allgemeine Unsicherheit und Unmöglichkeit echter Reformen führen zur Auflösung der historischen Sozialdemokratie und Zersetzung der gesellschaftlichen Mitte. Es entsteht eine wachsende Armutsbevölkerung neben pervertiertem Überreichtum. So drängt es, auch weil überzeugende Alternativen fehlen, zur politischen Rechtsentwicklung und zu einer Fassadendemokratie.

Fehler der Vergangenheit, Lösungen und neue Deutungen

Aufgrund der formationellen Widersprüchlichkeit, der Gleichzeitigkeit eines andrängenden Neuen und der dekadenten Entwicklung, ist weder eine konservative noch reformatorische Auflösung der Probleme möglich. Zur Signatur der Epoche gehört daher ein Hin und Her zwischen Rechts und Links und eine auf Dauer immer unhaltbare schlechte Mitte. Für jegliche soziale Besserung, ökologische Umkehr oder Umwälzung in eine sozialistische Richtung stellt sich aber die Frage, wie noch ein Aus- und Aufbruch zu neuen Ufern möglich ist.

Welche Institutionalität und welche Bewegungskräfte weisen die nötige Potenzialität auf, um sich sowohl aus der inneren kapitalwirtschaftlichen Einklammerung wie im Umfeld einer kapitalistischen Weltvernetzung zu emanzipieren? Der in Gestalt von Rechts-, Sozial- und multi-kulturellen Nationalstaaten erreichte hohe Grad realer Vergesellschaftung erfordert praktisch

eine sozial-systemische, gesamtstaatliche Lösung. Eine solche ist aber weder in Commons noch auf kosmopolitischer Ebene zu finden, sondern am besten durch eine politisch-ökonomisch tragfähige, transformative sozialstaatswirtschaftliche Neuordnung.

So gesehen war es fatal, dass seinerzeit verkannt wurde, inwiefern der Sozialkapitalismus bereits die Anlage einer solchen Systemalternative in sich trug. Deren Format kam in den später scheiternden Staatsplanwirtschaften nicht zur Geltung. Die neoliberale Globalisierung war demnach eine Konterrevolution, der man mit jener Kapital- und Krisentheorie und angesichts des Zerfalls im Osten nichts Tragfähiges entgegenzusetzen wusste. Es gab keinen prinzipiellen und konkreten systemisch-politischen Widerpart, daher auch die gegenwärtige tiefe Krise der Linken.

Jene latente Systemalternative existiert aber weiterhin, wenn auch sehr zurückgedrängt. Ihre Heraushebung bedeutete, das Staats- und Gemeinwesen fiskalisch und rechtlich zu ermächtigen, so dass es sich aus der doppelten Einklammerung durch die kapital- und finanzwirtschaftlichen Mächte befreien kann. Dies impliziert ein paritätisches, bilanzielles Verhältnis zwischen Waren- bzw. Industrie- und öffentlich-gemeinnütziger Sozialwirtschaft, neue politisch-ökonomische Institutionalisierungen und Eigentumsformen sowie die Aufhebung des Verwertungs- und Wachstumszwangs.

Politische Grundorientierungen und Aufgaben

Die politische Konsequenz lautet, dass die maßgebliche Entwicklungs- und Wendekraft nicht in einer bestimmten sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Klasse zu finden ist. Sie liegt in dem sich kristallisierenden, neuen sozioökonomischen Formganzen und diversen damit assoziierten gesellschaftlichen und politischen Kräften. Die zentralen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, oder für Freiheit und ein gutes Leben bewegen sich in diesem übergreifenden Zusammenhang. So erscheint eine sozialstaatswirtschaftliche Formierung als einzige Institutionalität stark genug, um sich im Innern durchzusetzen wie im Äußern zu behaupten.

Eine soziale, ökonomische und kulturelle Existenz, eine Heimat und sozialistische Perspektive ist nicht außerhalb einer sozialräumlich, reproduktiv und zivilisiert konstituierten Gesellschaftlichkeit zu haben. Solche je geschichtlich und kulturell geprägte, souveräne Verfasstheit ist, bei aller Verschiedenheit der Ausgangspositionen und Verhältnisse in der Welt, jenseits aller rassistischen, nationalistischen, faschistischen und imperialistischen Ideen und Verirrungen, ein positives Resultat der Geschichte. Dieses muss gegen Korruption und Mafias, Konzern- und Finanzherrschaft, Autokratien und Militärdiktaturen verteidigt werden.

Dabei konvergiert die Orientierung auf eine sozialstaatswirtschaftlich basierte, politisch-ökonomisch zugleich selbstbezügliche wie weltzugewandte, emanzipierte Gesellschaftlichkeit mit dem Konzept der Volkssouveränität als unabdingbares Konstituens realer Demokratie. In diesem Sinne repräsentieren Institutionen wie die 200 Vereinten Nationen oder auch Klimakonferenzen nicht die Überwindung des Nationalen, sondern bestätigen diese Form und ein damit nötiges wie mögliches paritätisches, kooperatives und friedliches Miteinander.

Die Aufgabe besteht folglich darin, das neue ökonomische System zur Kenntlichkeit, zu Bewusstsein und gegen die Kräfte der Reaktion zur Wirksamkeit zu bringen. So können Individuen, Sozialbewegungen und politische Organisationen, ökonomische und ökologische Initiativen, sozialstaatliche und institutionelle Reformierungen, wissenschaftliche Forschungen und Konzepte, mediale Potenzen und ideelle Strömungen konvergieren und an Klarheit und Boden gewinnen. Dies sowohl in Auseinandersetzungen vor Ort wie im Verhältnis zu staatlichen Kooperationen, internationalen Beziehungen und geopolitischen Realitäten.

Beste Grüße, Horst Müller

<https://www.praxisphilosophie.de>

Kontakt dr.horst.mueller@t-online.de